



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

*: Der Zusammenschluß der Deutschen in Österreich

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der Zusammenschluß der Deutschen in Osterreich

Aus einem fast hoffnungslosen Durcheinander sind die Dinge in Osterreich zu einem Punkte durchgedrungen, der endlich einige Aussicht auf einen gewissen Abschluß des Nationalitätenhaders eröffnet. Und das haben sich die Deutschen durch die Zähigkeit ihres Wollens und die Stärke ihres nationalen Bewußtseins errungen. Der Zusammenschluß aller deutschen Parteien zum Kampfe gegen die ohne Zweifel ungesetzlichen Sprachenverordnungen ist in den letzten Wochen eine Thatsache geworden. Haben sich früher die Deutschen der übrigen Kronländer wenig oder gar nicht um die Vorgänge auf dem böhmisch-mährischen Kriegsschauplatz gekümmert, so wetteifern jetzt ihre Landtage in Kundgebungen gegen die unseligen Verordnungen, und selbst die deutschen Klerikalen haben soeben durch ihren Führer Ebenhoch im oberösterreichischen Landtage erklären lassen, daß auch sie in diesem Kampf auf der Seite ihrer deutschen Landsleute stünden. Das deutsche Gewissen der klerikalen Wählerschaften ist eben endlich erwacht. Unter dem ermutigenden Eindruck dieser Vorgänge steht ersichtlich die deutsche Minderheit des böhmischen Landtags. Sie ist bis jetzt nicht einen Zoll breit gewichen, und sie findet eine nicht zu unterschätzende Stütze in der entschlossenen Haltung der deutschen Professoren- und Studentenschaft der deutschen Hochschulen Prags, die wieder die deutsche Studentenschaft in Wien, Graz, Brünn und Innsbruck ebenso hinter sich haben, wie die deutschböhmischen Abgeordneten die Landtage der deutschen Kronländer. Der jetzt ausgebrochne Streik an sämtlichen Hochschulen Deutsch-Osterreichs, ein im Mittelalter nicht ganz seltenes, in der Neuzeit unerhörtes Ereignis der deutschen Universitätsgeschichte, mag nicht schön sein, aber er ist ein Beweis für die Stärke der nationalen Leidenschaft bei der akademischen Jugend Deutsch-Osterreichs, und er ist unzweifelhaft provoziert worden. Denn wie weit das Verbot, die Verbindungs-

farben offen zu tragen, durch die Haltung des vornehmen und geringen tschechischen Pöbels in Prag erzwungen, und wie weit es sachlich begründet ist, das läßt sich schwer beurteilen; aber wie die Dinge dort nun einmal liegen, mußte es den Deutschen als eine schwächliche Nachgiebigkeit des Statthalters gegenüber der brutalen Unduldsamkeit der Tschechen erscheinen, deren blinder Nationalhaß so weit gediehen ist, daß sie in der Hauptstadt ihres nun doch einmal zweisprachigen „Königreichs“ den deutschen Mitbürgern nicht einmal das Recht des nationalen Daseins zugestehen wollen. Gerade deshalb wäre es aufs tiefste zu beklagen, wenn die deutschen Hochschulen schließlich den Kampf um ihre Stellung in der Landeshauptstadt aufgeben und einen uralten Vorposten deutscher Wissenschaft vor den Nachkommen der Huzziten ebenso räumen wollten, wie es 1409 vor diesen selbst geschehen ist. Wir wollen und können das bis jetzt nicht glauben, denn das wäre zugleich eine schwere Niederlage der Regierung, die damit zugestehen würde, daß sie nicht imstande sei, auch nur die Ordnung in den Straßen einer aufgeregten Stadt gegen Pöbelrotten zu behaupten, geschweige denn nationale Minderheiten gegen rohe Vergewaltigung zu schützen.

Gegenüber dem Deutschen Reiche hat die Mehrzahl der Deutsch-Österreicher in dieser Zeit der größten nationalen Aufregung eine durchaus korrekte Haltung beobachtet und damit das Vertrauen auf ihre Besonnenheit, die allein ihnen den Sieg geben kann, wesentlich verstärkt. Sie haben mehrfach nachdrücklich erklärt, daß sie vom Deutschen Reiche weder eine Intervention erwarten und wünschen, noch daß sie vollends auf einen Zerfall Österreichs rechnen. Sie wollen lediglich Sympathiekundgebungen aus dem Reiche, und diese sind ihnen in der verschiedensten Weise und von den verschiedensten Seiten, auch im deutschen Reichstage, zu teil geworden. Nur die Schönerergruppe hat in ihrem Organ den Vorschlag gemacht, Österreich möge sich gegenüber Ungarn auf die Personalunion zurückziehen und mit seinen alten Bundesländern in das deutsche Reich eintreten. Da es auch in Deutschland noch unklare Köpfe giebt, die die Notwendigkeit der Ereignisse von 1866, also die Grundlagen unsers Reichs, nicht begreifen können und von der Geschichte nichts lernen wollen, so wollen wir hier nochmals die fattsam bekannten und ganz unbestreitbaren Grundthatfachen kurz zusammenfassen. Erstens: Die Trennung von 1866 war keine „Amputation,“ denn amputiren kann man nur, was organisch mit einem Körper verwachsen ist; Österreich aber stand vor 1866 nur in einem völkerrechtlichen Vertragsverhältnis, nicht in einem staatsrechtlichen Verbande mit dem übrigen Deutschland, und dies völkerrechtliche Verhältnis ist seit 1871, noch mehr seit 1879 nicht nur mit den ehemaligen Bundesländern, sondern mit der Gesamtmonarchie in sehr wirksamer Weise wiederhergestellt worden. Eine engere wirtschaftliche Vereinigung bestand auch vor 1866 nicht, konnte also auch nicht gelöst werden, und die geistige Verbindung, die allein die Deutschen

Österreichs zu vollberechtigten Gliedern unsrer Nation macht, ist heute enger als je, das Bewußtsein der nationalen Gemeinschaft stärker als jemals vor 1866. Was 1866 zerbrochen worden ist, das ist die unnatürliche Vorherrschaft eines Staats, der die innere Kraft, also das Recht, sie festzuhalten, gar nicht hatte, und die notwendige Erneuerung der deutschen Gesamtverfassung schlechterdings immer nur hinderte, niemals förderte. Zweitens: Die schwersten und bittersten Erfahrungen, vor allem der Jahre 1848/49, haben unwiderleglich bewiesen: mit Österreich war nur ein lockerer Staatenbund möglich, der weder die Sicherheit noch vollends die Wohlfahrt der Nation irgendwie verbürgte; eine bundesstaatliche Einheit, die allein diese Bedingung erfüllen konnte, war und ist nur ohne Österreich denkbar. Drittens: Die Reaktion der österreichischen Slawen gegen die deutsche Kulturherrschaft war schon längst vor 1866 eingeleitet und würde sich auch ohne die damalige Trennung weiter entwickelt haben, wie denn schon 1848 die tschechischen Wahlkreise die Wahlen zum Frankfurter Parlament verweigert haben. Viertens: Den Eintritt Deutsch-Österreichs in das deutsche Reich fordern, heißt auf der einen Seite den Habsburgern zuzumuten, ihre Monarchie in zwei selbständige Mittelstaaten zu zerlegen und auf ihre Großmachtstellung zu verzichten, auf der andern Seite Deutschland zuzumuten, seine schwer errungene Einheit zu lockern und sich zu seinen Polen auch noch acht Millionen Tschechen und Slowenen auf den Hals zu laden, also Unmögliches verlangen. Dazu kann ein reichsdeutscher Patriot niemals die Hand bieten. Doch genug hiervon.

Was in Österreich geschehen muß, um den Bestand des Reiches zu sichern, das kann und muß von Österreich allein gethan werden. Alles kommt jetzt darauf an, daß die Regierung dort mit unbeirrbarer Festigkeit ein klares Ziel verfolgt; nur dann werden die Nationalitäten endlich lernen, sich in die geographischen und historischen Bedingungen ihrer Lage zu finden. Das erste und wichtigste ist, daß endlich wieder, seitdem man sich ein Menschenalter lang an der Sisyphusarbeit abgemüht hat, die kleinen Nationalitäten zu befriedigen, das Interesse des Staats als maßgebend energisch betont wird, denn die erste Aufgabe des Staats ist, sich selbst zu behaupten, und das größte Verbrechen einer Regierung ist die Schwäche, die aus irgend welchen untergeordneten Gründen diese nächste Pflicht versäumt, wie es in Österreich jahrzehntelang geschehen ist. Sodann muß man an der Gleichberechtigung der österreichischen Völker in dem Sinne, daß der Angehörige jedes Volksstammes überall dieselben Rechte genießt, ebenso entschieden festhalten, wie man die Gleichberechtigung der Sprachen, die so oft damit verwechselt wird, verneinen muß. Denn einmal sind Mundarten, die von wenigen Millionen Menschen gesprochen werden, nun und nimmer mit den großen Kultursprachen gleichwertig; kommt man doch nicht einmal in Böhmen und Mähren mit der Kenntnis des Tschechischen allein durch, und kein gebildeter Mensch außerhalb Böhmens

wird den geringsten Mangel an seiner Bildung verspüren, wenn er von tschechischer Litteratur gar nichts weiß. Sodann bedarf jeder Staat einer Staatssprache, die in möglichst weiten Kreisen verstanden wird. Wie weit er von der Strenge dieser unabweislichen Forderung abgehen kann, das hängt von den Umständen ab; thut er es, so macht er Zugeständnisse, erfüllt aber keine rechtlich begründete Forderung. Diese Staatssprache kann natürlich in den österreichischen Ländern diesseits der Leitha schlechterdings nur das Deutsche sein, ohne daß damit die Deutschen zum Herrenvolke und alle andern Stämme zu Unterthanen dieses Herrenvolkes würden. Einer solchen Notwendigkeit müssen sich ja auch die Deutschen in Ungarn und Rußland fügen. Drittens muß die längst vorgeschlagene Teilung Böhmens und Mährens in nationale Verwaltungsbezirke endlich durchgeführt und damit die schlimmste Veranlassung zu den endlosen und zwecklosen nationalen Händeln beseitigt werden. Das bedeutet freilich für die Tschechen den Verzicht auf die Tschechisirung ganz Böhmens, aber diese wäre nicht ohne die größte Vergewaltigung der Deutschen und wahrscheinlich nicht einmal mit dieser durchführbar, und über den Rechten der Nationalität steht das Recht der Kultur. Die staatsrechtliche Einheit des „Königreichs“ Böhmen wird dadurch so wenig verletzt wie die des Kantons Bern dadurch, daß dort Deutsch und Französisch in den verschiedenen Teilen der Landschaft amtlich gebraucht werden, und selbst wenn dies der Fall wäre: Böhmen ist eben thatsächlich nichts weiter als eine österreichische Provinz, und man hätte das ewige müßige Gerede vom böhmischen Staatsrecht eher zum Schweigen gebracht, wenn man, wie Joseph II. es wollte, die alten, politisch längst bedeutungslos gewordenen Titulaturen der „Königreiche und Länder“ einfach beseitigt und sie auch dem Namen nach in Provinzen verwandelt hätte, statt die stolzen Titel aus einer gewissen Eitelkeit beizubehalten. Im Interesse einer sichern Mehrheit im Reichsrate endlich wäre natürlich die Sonderstellung mindestens von Galizien, das die deutsche Verfassungspartei sowieso den Polen schon ausgeliefert hat, aber sie ist jetzt, mindestens auf verfassungsmäßigem Wege, schwerlich mehr zu erreichen.

Sedenfalls stehen also die österreichischen Slawen seit dem Zusammenschlusse der Deutschen einer ganz neuen Lage gegenüber, und die alte Mehrheit des Reichsrats ist zersprengt. Wenn tschechische Blätter jetzt damit drohen, daß nunmehr 16 Millionen Slawen den 8 Millionen Deutschen gegenüber treten würden, so will das wenig sagen, denn diese 16 Millionen bilden nicht ein Volk, sondern mindestens vier Völker von ganz verschiedenen Interessen, die sich sogar unter einander nur verständigen können, wenn sie Deutsch reden, und die Polen werden sich hüten, den Tschechen die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Das Deutsche Reich aber würde den Gesundungsprozeß, der sich in Österreich einzuleiten scheint, wenn die Regierung wirklich weiß, was sie will und thut, was sie muß, nur stören, wenn es irgendwelche Gelüste verraten wollte, sich

einzumischen. Wie man an der maßgebenden Stelle in Berlin über vergangene und zukünftige föderalistische Experimente in Österreich urteilt, das hat neulich Fürst Hohenlohe sehr deutlich durchblicken lassen, als er im preußischen Abgeordnetenhaus den Polen erklärte, in Preußen sei kein Raum für föderalistische Bestrebungen, und dem tschechischen Übermut hat die Reichsregierung einen energischen Wink mit dem Beschlusse gegeben, ein deutsches Konsulat in Prag einzurichten. Die Spießgesellen der Tschechen und die Todfeinde unsers Reichs, die österreichischen Feudalen, haben ihn auch sehr wohl verstanden, denn ihr Organ, das „Vaterland,“ sieht darin einen Versuch, der „Berliner Politik“ eine Stätte in Böhmen zu gründen. Gewiß, unsre Reichsangehörigen müssen dort besser geschützt werden, als es die österreichische Regierung während der Dezembermeutereien leider vermocht hat, und wenn das den Deutschböhmern den Nacken steift, so wird das nur im eigensten Interesse Österreichs sein. *



Agrarpolitische Ausichten



ährend die verbündeten Regierungen, wie es scheint, entschlossen sind, in der Sozialpolitik im engern Sinne durch Festigkeit gegenüber dem neuerungsfüchtigen Doktrinarismus dem gesunden Fortschritt die unerläßliche Ruhe zu verschaffen, mehren sich leider die Anzeichen, daß in der Agrarpolitik gerade das Entgegengesetzte in Aussicht steht. Täuschen die Anzeichen nicht, so ist man auf dem besten Wege, durch gesteigerte Unruhe im agrarischen Lager die Beruhigung der sozialistischen Schwarmgeister ganz unmöglich zu machen.

Neuerdings hat sich das preußische Herrenhausmitglied, Graf Klinkowström-Korklack, das Verdienst erworben, in einer bei Paul Parey in Berlin erschienenen kleinen Schrift: „Dr. Buchenbergers Agrarpolitik und die Forderungen der Landwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der östlichen Landesteile Preußens“ die Forderungen und wohl auch die Ausichten der ostelbischen Agrarier ziemlich ausführlich zu behandeln. Er bekämpft die von Buchenberger in seinen kürzlich in den Grenzboten ausführlich besprochenen „Grundzügen der Agrarpolitik“ dargelegten, ganz gewiß nicht gerade antiagrarischen Anschauungen und giebt damit ein anschauliches Bild von der Unruhe, die auf agrarpolitischem Gebiete herrscht. Buchenberger ist badischer Finanzminister und nebenbei ein in Deutschland hochgeschätzter Agrarpolitiker. Er ist der Verfasser der Agrarpolitik in der von Adolf Wagner herausgegebenen „Poli-